



Protokoll der 30. Sitzung des Einwohnerrates

vom 26. September 2007, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Susanne Greiner, Heinz Lerf, Adrian Mächler

| Traktanden | Laufnummer |
|---|-----------------------|
| 1. Ersatzwahlen in Kommissionen ://: Vreni Wunderlin in die GPK gewählt. | 2007/169 |
| 2. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Euro 2008 ://: Vom Projektstand „9. Stadion“ Kenntnis genommen. ://: Betrag von CHF 150'000.- genehmigt. ://: Drei Zusatzanträge angenommen. ://: Postulat abgeschrieben. | 2006/90 2006/90a |
| 3. Bericht des Stadtrates betreffend Arealentwicklung Liestal Zentrum Nord – Kreditgenehmigung ://: Bruttokredit genehmigt. ://: Planungsverfahren für Masterplan genehmigt. | 2007/166 |
| 4. Bericht des Stadtrates betreffend Wasserturmplatz, Neugestaltung - Genehmigung Projektierungskredit ://: Projektierungskredit genehmigt. | 2007/168 |
| 5. Bericht des Stadtrates betreffend Einführung und Umsetzung E-Label Energistadt ://: Von der Erarbeitung E-Label „Energistadt“ Kenntnis genommen. ://: Postulat Nr. 2007/133 abgeschrieben. | 2007/167 |
| 6. Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend Trägerschaft Kinderkrippenplät- ze ://: Vom Zwischenbericht Kenntnis genommen. ://: Beantwortung des Postulats bis Dezember 2007 bewilligt. | 2006/121 2006/121a |
| 7. Zwischenbericht der interfraktionellen parlamentarischen Integrations- gruppe des Einwohnerrates zur politischen Partizipation für Migranten und Migrantinnen in Liestal ://: Vertagt. | 2007/163 |
| 8. Postulat von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend „Solidarisches Liestal“ zur Entwicklungszusammenarbeit ://: Vertagt. | 2007/138 |

9. Postulat von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend „Fussgänger in Gefahr - wir fordern eine Trendwende“
://: *Vertagt.* 2007/144
10. Schriftliche Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Peter Furrer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Trinkwasserqualität
://: *Vertagt.* 2007/153
2007/153a
11. Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend sichere Veloverbindungen zu Schule und Sport
://: *Vertagt.* 2007/148
12. Postulat von Peter Schäfer namens der FDP-Fraktion betreffend Unterstützung von Vereinen, welche die Freizeit von Jugendlichen sinnvoll gestalten
://: *Vertagt.* 2007/149
13. Postulat von Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Verkehrs-Signalisation in der Begegnungszone
://: *Vertagt.* 2007/150
14. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Verkehrsachse Kantenweg – Nonnenbodenweg
://: *Vertagt.* 2007/151
15. Postulat von Claudia Roche namens der SP-Fraktion betreffend Sicherheitscheck im öffentlichen Raum - seniorenfreundliches Liestal
://: *Vertagt.* 2007/152
16. Postulat von Erika Eichenberger und Corinne Ruesch namens der Grünen Fraktion betreffend Schaffung einer Stelle einer/eines Jugendbeauftragten
://: *Vertagt.* 2007/154
17. Postulat von Peter Schmied namens der SP-Fraktion betreffend Förderung der Gewerbestadt Liestal
://: *Vertagt.* 2007/158
18. Postulat von Hans Brodbeck namens der FDP-Fraktion betreffend Aufwertung der Altstadt
://: *Vertagt.* 2007/160
19. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Ernst Burkhardt und Peter Schmied namens der SP-Fraktion betreffend Beschaffung von Gemeindefahrzeugen
://: *Vertagt.* 2007/161
20. Postulat von Daniel Spinnler und Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung
://: *Vertagt.* 2007/162

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen September-Einwohnerratssitzung.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 22. August 2007

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

Mitteilungen des Ratsbüros

- Das Büro hat Ersatzwahlen in Spezial-Kommissionen durchgeführt. Gewählt wurden: Nils Henn, Doris Lagnaz und Roman Zeller in die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente (GoR); Nils Henn zum Vizepräsidenten der GoR; Roman Zeller zum Präsidenten der Spezialkommission Geschäfte Einwohnergemeinde mit Bürgergemeinde (GEB).
- Das Büro hat zur Kenntnis genommen, dass Doris Lagnaz als Nachfolgerin von Claudio Wyss neu Einsitz in die interfraktionelle parlamentarische Integrationsgruppe genommen hat.
- Das Büro hat provisorisch für Mittwoch, den 21. November 2007, eine Einschalt Sitzung vorgesehen. An der nächsten ER-Sitzung wird darüber entschieden, ob diese Sitzung nötig ist oder nicht.

Als **Stimmzähler/innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|------------------|------------------------------|
| - Astrid Basler | Seite FDP |
| - Regina Vogt | Seite SP, Grüne, Fraumättler |
| - Regula Nebiker | Mitte, Büro |

Neue persönliche Vorstösse

- Postulat von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Kostentransparenz für Sport-, Kultur- und Jugendförderung (Nr. 2007/165);
- Postulat von Marie-Theres Beeler namens der Grünen Fraktion betreffend Schaffung eines umweltverträglichen Reglements zur Parkraumgestaltung (Nr. 2007/170);
- Kleine Anfrage von Regina Vogt namens der FDP-Fraktion betreffend Standort Fundbüro (Nr. 2007/171);
- Postulat von Erika Eichenberger und Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion betreffend Solardächer für Liestal (Nr. 2007/172);
- Motion von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion und Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Wiedereinführung der Blauen Zone (Nr. 2007/173);
- Postulat von Ernst Burkhardt namens der SP Liestal betreffend „100 Solardächer in 18 Monaten“ (Nr. 2007/174).

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpräsidentin Regula Gysin teilt mit, die Petition „Liestal Xunderwäx“ sei an den Stadtrat und den Einwohnerrat eingereicht worden. Die weiteren Schritte würden erfolgen.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert, dass die Stadt Liestal CHF 13'000.- als Solidaritätsbeitrag für Hochwasserschäden vom August 2007 gesprochen habe. CHF 6500.- gingen ins Laufental und an die Stadt Laufen, die anderen CHF 6'500.- nach Delémont.

- Stadtpräsidentin Regula Gysin gibt bekannt, am 05. Oktober 2007 werde ein Airbus-Typ der Swiss auf den Namen Liestal getauft, ein weiterer auf den Namen Basel. Das bedeute, dass der Name Liestal von da an in die ganze Welt hinausgetragen werde.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin weist darauf hin, dass im Dezember der Lötschberg-Basistunnel eröffnet werde. Das Wappen des Kantons Wallis habe 13 Sterne. 14 Städte seien ausgewählt worden, die den 14. Stern bekämen. Eine dieser 14 Städte sei Liestal. Am 10. November 2007 werde Liestal der Stern verliehen. Die Walliser Stadt Visp werde sich an diesem Tag öffentlich in Liestal vorstellen. Umgekehrt bestehe auch die Möglichkeit, dass Liestal sich in Visp präsentiere.
- Stadtrat Ruedi Riesen gibt bekannt, dass er im Januar 2008 einen schriftlichen oder mündlichen Zwischenbericht zum Postulat von Danielle Schwab namens der SP-Fraktion betreffend Aufwertung Zeughausplatz (Nr. 2006/116) vorbringen werde. Der Stadtrat habe mit dem Thema so lange gewartet, weil der Kanton einen Umbau des Kantonsmuseums vorhabe: Der Eingang des Museums solle auf die Seite verlegt werden, wo der Brunnen stehe. Der Umbau bedinge die Verschiebung des Brunnens und diese beeinflusse die Platzgestaltung. Es sei zu erwarten, dass das Geschäft im Januar in den Landrat komme. Der Kanton werde vermutlich die Verschiebung des Brunnens übernehmen.

Traktandenliste

Sabine Sutter (FDP) sagt, sie beantrage, das Traktandum Nr. 7 (Zwischenbericht der interfraktionellen parlamentarischen Integrationsgruppe des Einwohnerrates zur politischen Partizipation für Migranten und Migrantinnen in Liestal, Nr. 2007/163) zu verschieben. Ihre Fraktion habe sich wegen der Verzögerung, mit der der Zwischenbericht bei den Ratsmitgliedern eingetroffen sei, nicht genügend damit befassen können.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) äussert, sie schliesse aus dem Stillschweigen, dass das Traktandum 7 auf die nächste Sitzung verschoben werde.

240 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

1. Ersatzwahl in die GPK (Nr. 2007/169)

Auf Antrag der FDP-Fraktion soll folgende Umbesetzung vorgenommen werden:

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Ordentliches Mitglied:

- Vreni Wunderlin (FDP); anstelle von Peter Schäfer

://: Vreni Wunderlin (FDP) wird einstimmig als ordentliches Mitglied in die Geschäftsprüfungskommission gewählt.

241 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

2. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Euro 2008 (Nr. 2006/90, 2006/90a)

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht zusammenfassend Folgendes mit:

Vom 7. – 29. Juni 2008 wird die Fussball-Europa-Meisterschaft UEFA EURO 2008™ in acht Austragungsorten in Österreich und der Schweiz zur Durchführung gelangen. Mit dieser Vorlage kann der Stadtrat den Einwohnerrat über den Stand des Projekts des Vereins BASELLAND PROMOTION 2008 als Organisatorin des sogenannten „9. Stadions“ im Raum Liestal informieren. Gleichzeitig erlauben es die verfügbaren Informationen, dem Einwohnerrat Antrag für die Bewilligung eines à fonds perdu-Beitrags der Stadt Liestal in der Höhe von CHF 150'000.- zu stellen.

Mit diesem Bericht sind die Voraussetzungen für die Abschreibung des Postulats Nr. 2006/90 gegeben.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Projektstand „9. Stadion“ Liestal / Bubendorf des Vereins BASELLAND PROMOTION 2008.
2. Der Einwohnerrat bewilligt als Beitrag der Stadt Liestal an das „9. Stadion“ einen Betrag von CHF 150'000.- à fonds perdu.
3. Das Postulat Nr. 2006/90 betreffend EURO 2008 von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion wird als erfüllt abgeschrieben.

Stadtrat Lukas Ott legt dar, es bestehe ein grosses Interesse der Bevölkerung, am Grosseignis Euro 08 teilzunehmen. Ein unmittelbares Stadionerlebnis werde aber nur für einen kleinen Teil der Bewohner der Region möglich sein. Das Interesse an den Tickets sei viel grösser, als Tickets auf dem Markt seien. Es gehe deshalb darum, einen Rahmen zu bieten, in dem die Bevölkerung in möglichst authentischer Stadion-Atmosphäre die Spiele trotzdem miterleben könne. Die Fan-Zone Liestal richte sich vor allem an Familien. Die Fan-Zone in Basel-Stadt hätte ein Kapazitätsproblem, wenn alle interessierte Oberbaselbieter auch noch in die Stadt strömten. Es gebe deshalb ein grosses konzeptionelles Interesse der Uefa und der Host City Basel, hier etwas Gutes anzubieten.

Die Stadt Liestal sei nicht der Organisator dieser Arena. Der Verein Baselland Promotion habe den Auftrag vom Baselbieter Regierungsrat erhalten, die Fan-Zone in Liestal zu organisieren. Dies könne aber nicht an den Stadtbehörden vorbeigehen. Der Stadtrat finde sich in einer Doppelrolle wieder: Einerseits gehe es darum, das Interesse der Bevölkerung in den Prozess einzubringen. Sie solle am Ereignis teilhaben können, es sollten aber auch ihre Interessen bezüglich Lärm, Verkehrsaufkommen und Abfall geschützt werden. Andererseits sei die Stadt auch aufgerufen, den Organisator bei der Realisierung des 9. Stadions zu stärken. Es gelte, eine einmalige Chance für die Stadt Liestal zu nutzen. Das Projekt könne image- und wirtschaftsfördernd wirken.

Es gebe selbstverständlich auch legitime Interessen daran, dass eine lokale und regionale Wertschöpfung im Raum Liestal entstehe. Legitim sei auch, dass die Vereine sich in das Projekt einbringen wollten. Es habe bereits ein runder Tisch stattgefunden. Teilgenommen hätten auf der einen Seite der Verein Baselland Promotion, die Stadt Liestal und das Sportamt Baselland, auf der anderen Seite Gewerbe- und Vereins-Vertreter aus Liestal und Bubendorf. Er habe wohlwollende Kritik, aber keine Ablehnung gehört. Es seien Möglichkeiten für das Gewerbe und die Vereine aufgezeigt worden. Es sei zugesichert worden, dass das

Gewerbe aus Liestal und Umgebung mit einem privilegierten Zugang bei der Vergabe von Aufträgen rechnen könne. Das entsprechende Know-how und die notwendigen Kapazitäten für die Dienstleistungen müssten natürlich vorhanden sein. Es werde für das Gewerbe auch Präsentations-Möglichkeiten innerhalb der Arena geben. Selbstverständlich würden sich auch Chancen ausserhalb der Arena bieten. Es werde Aufgabe des Stadtrats sein, diese Bedürfnisse aufzunehmen und unkompliziert zu handhaben, gerade auch, wenn es um die Bewilligungspraxis gehe. Der Stadtrat müsse aber immer die Bevölkerung als Ganzes im Auge haben und die Interessen aller wahren.

Auch für die Vereine werde es Präsentationsmöglichkeiten innerhalb der Arena geben. Es werde eine Bühne und Stände geben. Das Sportamt initiiere verschiedene Bewegungs-Projekte, an denen die Vereine teilnehmen könnten. Die Arena solle schon mit einem gewissen Vorlauf stehen, um sie ins Bewusstsein der Bevölkerung zu bringen. Auch während dieser Vorlaufzeit sollten die Vereine in der Arena etwas umsetzen und erwirtschaften können. Der Einsatz von CHF 150'000.- werde sich lohnen und x-fach zurückkommen.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, es liege ein Änderungsantrag von Stefan Saladin vor. Sie bitte ihn um eine Begründung des Antrags.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) antwortet, er könne den Antrag in seiner Darstellung begründen.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) erläutert, es gehe bei dem Antrag darum, dass der im Bericht des Stadtrats vorgesehene Betrag von CHF 150'000.- auf CHF 220'000.- aufgestockt werde. Dieser Gesamtbetrag sei zweckgebunden aufzuteilen, und zwar in CHF 110'000.- à fonds perdu und CHF 110'000.- für ortsansässige IGs und Vereine in einer noch zu bestimmenden Fan-Zone Liestal.

Daniel Spinnler (FDP) meint, die Euro 08 ermögliche auch der Stadt Liestal, dass sie sich über die nachbarlichen Grenzen hinaus präsentiere. Das 9. Stadion ermögliche ein Gemeinschaftserlebnis für Leute, die sich nicht nach Basel ins Gedränge begeben wollten. Deshalb sei seine Fraktion für den Beitrag von CHF 150'000.-. Allerdings wolle sie damit verbinden, dass sich der Stadtrat für die Liestaler Unternehmer einsetze. Sie sollten vom 9. Stadion und von diesem Beitrag profitieren. Deshalb stelle die FDP-Fraktion den Antrag, den Bericht auf Seite 11 wie folgt zu ändern: „Für interessierte Vereine, das Gewerbe und den Detailhandel sind Möglichkeiten zu schaffen, sich am Anlass in geeigneter Form zu beteiligen.“ Dazu komme ein weiterer Antrag, den er mit der Fraktion noch nicht abgesprochen habe. Es gehe darum, dass das Seco die Möglichkeit erlasse, die Public Viewing-Zonen während der Euro 08 zu Tourismusgebieten zu erklären. Das bedeute, dass man beispielsweise an einem Sonntag einen Markt im Stedtli veranstalten könne. Deshalb stelle er folgenden Antrag: „Die Stadt habe sich zu informieren und sich dafür einzusetzen, dass Liestal während der Euro 08 zu einem Tourismusgebiet erklärt wird.“

Claudia Roche (SP) teilt mit, ihre Fraktion stimme dem Kredit zu. Sie wolle die Euro hier und freue sich auf das Fussballfest. CHF 150'000.- dafür aus der Stadtkasse seien bestimmt viel Geld. Man wisse immer noch nicht genau, wofür es ausgegeben werde. Die SP-Fraktion sei aber guten Mutes und voller Vertrauen. Wenn man zur Kenntnis nehme, dass eine Eintrittskarte für ein Life-Spiel eine Art Lotto-Fünfer sei, sei das Geld gut investiert. Ein gutes Stück des volkswirtschaftlichen Nutzens werde auch für das Liestaler Gewerbe abfallen. Die SP-Fraktion denke, dass das 9. Stadion einen sinnvollen Standort habe und die Chance biete, während ein paar Wochen auf familienfreundliche und fröhliche Weise Fussball und andere Events zu geniessen. Ihre Fraktion denke auch, dass es einen gewissen Überlauf von möglicherweise sogar europäischen Fussball-Fans ins Stedtli geben werde. Daher sei es wichtig, dass der Stadtrat dafür Sorge, dass das 9. Stadion gut ans Stedtli angebunden sei. Die Parkplatzzahl ausserhalb der Stadt solle möglichst klein gehalten werden. Der Langsamverkehr sei auch direkt ins Stedtli zu lenken, damit die Touristen hier vielleicht ein Bier trinken würden. Die SP-Fraktion wünsche sich, dass Liestal gastfreundlich auftrete. Die Begründung

von Stefan Saladin müsse sie zuerst zur Kenntnis nehmen und dann über den Antrag entscheiden.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) äussert, er könne der Euphorie nicht vorbehaltlos zustimmen. Es sei schade, dass der Anlass unter einem so schlechten Stern stehe, bevor er angefangen habe. Als grosser Fussballfan hätte er sich gerne von Anfang an eingebracht. Dies sei nicht möglich gewesen. Alle Vorschläge und Anfragen seien abgeblockt worden. Es habe geheissen, man müsse warten. Es sei unverständlich, dass ein so riesiger Event teilweise dilettantisch vorbereitet werde. Am Schluss werde man dann vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Uefa habe knallharte Vorgaben. Von Basel-Stadt habe man lesen können, dass die Restaurants nicht einmal ihr eigenes Bier verkaufen dürften. Das ganze Sponsoring fliesse der Uefa zu, die öffentliche Hand habe die Unkosten zu tragen. Es sei für seine Fraktion unverständlich, dass man mit Geld so locker um sich schmeissen wolle. Man wisse nicht einmal, was man für eine Gegenleistung erhalte. Als einzige Gemeinde im Kanton solle Liestal einen Beitrag zahlen. Nicht einmal die Standortgemeinde Bubendorf zahle etwas. Die Uefa rechne mit einer Milliarde Gewinn. Ein Teil solle angeblich in den Sport zurückfliessen, aber wie viel das sei, wisse niemand genau. Seine Fraktion finde das Diktat der Uefa nicht akzeptabel. Sie sei nicht bereit, einfach mitzumachen. Man trage auch eine Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler. Ein Teil der Fraktion sei nur bereit, einem Antrag für einen Beitrag zuzustimmen, wenn die Bedingungen klar seien. Über den Antrag von Stefan Saladin habe man noch nicht entscheiden können. Teile der SVP/CVP/EVP-Fraktion würden den Antrag des Stadtrats ablehnen.

Jürg Holinger (GL) berichtet, die Grüne Fraktion habe sich an der Fraktionssitzung noch nicht auf eine einheitliche Position festgelegt. Einer Meinung sei sie aber darüber gewesen, dass die ursprüngliche Projektorganisation, in der Liestal direkt vertreten gewesen sei, besser gewesen wäre. Jetzt gelte für Liestal das Motto „Vogel friss oder stirb“. Beim Abwägen von Pro und Kontra falle ihm auf, dass der Beitrag mit vielen objektiv begründbaren Argumenten abgelehnt werden könne und dass die zustimmenden Argumente eher emotionaler Natur seien. Es sei kein Projekt von Liestal; man habe nicht mitbestimmen können. Aus der Presse habe man erfahren, dass bei Bubendorf ein Parkplatz für mehrere tausend Autos geplant sei. Seine Fraktion stelle deshalb folgenden Antrag: „Der Stadtrat wird gebeten, sich bei der Projektleitung dafür einzusetzen, dass die Parkplätze auf ein Minimum reduziert werden.“ Skeptisch könne man auch sein, weil der Einwohnerrat kürzlich unter dem Motto Fussball einen Kunstrasen für CHF 1,4 Mio. beschlossen habe. Gegen das Projekt spreche ausserdem, dass die Uefa den Profit habe und die Kosten zulasten der Öffentlichkeit gingen. Es gebe aber auch Argumente für das Projekt. Man könne nicht eine Arbeitsgruppe für Standortförderung schaffen und dann eine solche Gelegenheit vorbeigehen lassen. Liestal bemühe sich auch in allen Bereichen, von der Verkehrs- bis zur Kulturpolitik, als fortschrittliche Stadt in Erscheinung zu treten. Wenn man nun nicht mitmache, könne man Liestal Bünzlihaftigkeit vorwerfen. Das wolle man auch nicht. Das Rahmenprogramm auf Seite 10 der Vorlage beinhalte viele Aktivitäten für Jugendliche und Familien; dies sei ebenfalls positiv zu werten. Er selbst sei mit Begeisterung vor dem Fernseher gesessen, als die Schweiz in Portugal und in Deutschland gespielt habe. Dann sei es nur konsequent, das ganze Theater in Kauf zu nehmen, wenn ein solches Ereignis im eigenen Land stattfinde. Seine Fraktion sei aber ziemlich sicher gegen eine Krediterhöhung.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) führt aus, es müsse gelingen, dass die Euro 08 in der Region als Fussballfest in guter Erinnerung bleibe. In der Vorlage heisse es auf Seite 11, für die Vereine, das Gewerbe und den Detailhandel sollten Möglichkeiten geschaffen werden, sich an dem Anlass zu beteiligen. An der Zusammenkunft am runden Tisch, an der eine gute Stimmung geherrscht habe, habe man zwei Seiten klar gespürt: Auf der kulturellen Seite habe das Sportamt mit der Planung der Projekte auf der Bühne und der Begleitung der Schulen bereits hervorragende Vorarbeit geleistet. Es gebe aber auch die Seite der Vereine, des Detailhandels und des Gewerbes. Diese Seite existiere bereits jetzt und es werde sie auch nach der Euro noch geben. Er sei der Meinung, dass auch die Vereine, das Gewerbe und

der Detailhandel viel Gutes im gesellschaftlichen Bereich leisteten. Es seien Hoffnungen vorhanden gewesen, dass man mindestens in der Nähe der Arena auftreten könne. In der Arena selbst sei man nicht willkommen. Der Kompromiss, den man gefunden habe, bestehe darin, dass Unternehmer und Vereine sich drei Wochen vorher um das Feld herum platzieren könnten. Er habe sich mit Christoph Leupin von der Gitterli AG zusammengesetzt, damit man eventuell auch die Gitterli-Meile nutzen könne. Er habe den Antrag verfasst, damit nicht nur für die Kultur konkret Geld eingesetzt werde. Er bitte den Rat darum, wenn er für das Gewerbe und die Vereine sei, dies entsprechend zu würdigen und der Aufstockung des Kredits zuzustimmen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) unterstreicht, er sei mit einigen Dingen in der Vorlage nicht zufrieden. Es heisse, das Gewerbe werde einbezogen. Doch er frage sich, wer dies sei. Die Wirte seien es offenbar nicht. Auf Seite 11 könne man lesen, dass man neun Monate vor Beginn der Euro darüber orientiert werde, wie man sich einbringen könne. Dann werde man aber vor vollendete Tatsachen gestellt. Vor fünf Jahren habe das Eidgenössische Turnfest in demselben Gebiet stattgefunden. Damals habe man zwei Jahre vorher Sitzungen durchgeführt, um zu besprechen, wie das Gewerbe von Liestal und Umgebung einzubeziehen sei. Jetzt wisse man neun Monate vorher nichts. Am 08. Juni 2007 habe in Liestal der Kick-off für die Euro 08 stattgefunden. Wenn der grosse Anlass auch so dilettantisch wie dieser vorbereitet werde, dann gute Nacht.

Regula Nebiker (SP) bemerkt, dass ihr nicht ganz klar sei, was Stefan Saladin genau beantrage. Es müsse klar sein, worüber man spreche. Die einzelnen Aspekte seien auseinanderzunehmen.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) erklärt nochmals, es gehe bei diesem Antrag darum, dass der vorgesehene Betrag von CHF 150'000.- auf CHF 220'000.- aufgestockt werde. Dieser Betrag solle zweckgebunden aufgeteilt werden, und zwar in CHF 110'000.- à fonds perdu und CHF 110'000.- für ortsansässige Geschäfte und Vereine in einer noch zu bestimmenden Fan-Zone.

Peter Schmied (SP) unterstreicht, alle hätten sich intensiv mit dem Projekt auseinandergesetzt. Obwohl in seiner Fraktion auch viel Kritik an dem Projekt geäussert worden sei, habe man schliesslich zugestimmt und gesagt, man investiere die CHF 150'000.- à fonds perdu. Die Verwendung der CHF 150'000.- sei nicht bestimmt. Auf etwas Unbestimmtes könne man nicht einen Betrag draufsetzen.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) sagt, sie bitte darum, sich nun nur zu diesem Änderungsantrag zu äussern.

Bernhard Fröhlich (FDP) sagt, man wisse tatsächlich nicht, ob man sich jetzt in der Debatte im Grundsätzlichen bewege oder man bereits über einzelne Anträge rede. Er versuche, aus seiner Optik Klärung hineinzubringen. Der Antrag des Stadtrats stehe im Raum; die Stadt Liestal solle CHF 150'000.- à fonds perdu geben. Man erwarte also nichts zurück. Das heisse aber nicht, dass man nicht wissen dürfe, wofür das Geld ausgegeben werde. Hier stelle er ein Informationsdefizit fest. Er unterteile die Debatte in drei Themen. Das erste sei die sachliche Analyse im Rat, bei der man das Dafür und Dawider abwäge. Das zweite sei die Titelauswahl in der Presse, die hier sehr wichtig sei. Beispielsweise könne es heissen: „Liestal sagt nein zur Euro 08“. Das dritte sei die Wirkung. Wenn nur der Titel gelesen würde, wie dies oft der Fall sei, wäre die Wirkung fatal. Hier befinde man sich in einem grösseren Risikobereich. Nach aussen würde der Eindruck entstehen, die Liestaler seien seltsame Leute, sie machten nicht mit. Ihm sei die Wirkung nach aussen am wichtigsten. Deshalb werde er ja stimmen, weil ihm diese Wirkung wichtiger als die sachliche Diskussion sei.

Erika Eichenberger (GL) fügt hinzu, Bernhard Fröhlich spreche ihr aus dem Herzen. Um dieses Zeichen von Liestal aus zu geben, werde sie auch ja stimmen, auch wenn sie mit all den

genannten Kritikpunkten einig gehe. Hinter die Erhöhung des Betrags könne sie sich aber nicht stellen. Sie sei nicht dagegen, das Gewerbe zu unterstützen. Wenn sie es aber unterstütze, wolle sie dies in einem konkreten Projekt tun, das für Liestal sei, das die Wirkung der Feststadt Liestal nach aussen trage und nachhaltig sei. Die Feststadt Liestal solle etwas Spannendes und Lukratives sein. In Liestal solle wirklich etwas abgehen. Sie sei beispielsweise dafür, dass man einen Fussweg von Liestal bis zum Areal gestalte, der die Leute einlade, dort hinaus zu gehen. Liestal solle langfristig profitieren. Dies sehe sie mit dem Beitrag von CHF 150'000.- nicht geleistet.

Hanspeter Mohler (FDP) hält fest, er könne die Euphorie auch nicht so teilen. Es gehe um ein globalisiertes Gladiatorenentum, um das herum sich Euphorie verbreite und das mit Sport eigentlich nichts zu tun habe. Der Anlass finde statt, ob Liestal CHF 150'000.- spende oder nicht. Man habe keine Möglichkeit, das Ereignis vor Ort zu vermarkten. Wenn man nicht dort sein dürfe, solle Liestal selber etwas machen. Deshalb würde er den Vorschlag unterstützen, CHF 110'000.- für das Gewerbe einzusetzen, aber nicht den Betrag à fonds perdu.

Stadtrat Lukas Ott hält fest, er danke für die mehrheitlich positive Grundstimmung. Er könne nicht alle Fragen beantworten, da die Stadt nicht die Organisatorin sei. Er gehe auf die Fragen ein, die unmittelbar im Bereich der Stadtbehörden lägen. Der Stadtrat wolle auch helfen, etwas zu ermöglichen, er wolle nicht etwas verhindern. Er selbst fände es eine ungeheure Schande, wenn Liestal diese Chance vorbeigehen liesse. Wofür der Betrag verwendet werde, sehe man auf Seite 9 der Vorlage bei den drei verschiedenen Projektvarianten. Es gehe mit dem A-fonds-perdu-Betrag darum, dass die Promotoren des 9. Stadions fest mit diesem Beitrag rechnen könnten und ihn nicht anderweitig beschaffen müssten. Die CHF 150'000.- würden insgesamt helfen, das Projekt zu finanzieren. Ein weiterer Effekt komme dazu: Wenn die Promotoren bei den Sponsoren anklopfen würden, sei es wichtig, ob die Standortgemeinde das Projekt unterstütze oder nicht. CHF 150'000.- würden noch nicht viel ermöglichen, aber sie hätten einen Hebeleffekt nach aussen. Der Stadtrat finde, es sei ein würdiger Betrag. Man solle ihn aber auch nicht schmälern. Natürlich seien eigene Aktivitäten ausserhalb der Fan-Zone erwünscht. Aber man müsse sich irgendwann für das 9. Stadion entscheiden. Mit diesem Beitrag könne Liestal helfen, etwas zu ermöglichen, ohne sich zu überfordern. Dass Bubendorf keinen Beitrag beisteure, sei nicht so schwer zu erklären. Die Arena sei nur wegen des Platzproblems weiter gegen Bubendorf gerückt. Es sei nicht eine Arena Liestal-Bubendorf, sondern eine Arena Liestal. Das schätze Bubendorf realistisch ein. Mit dem Antrag von Stefan Saladin habe er etwas Mühe, aber die beiden Anträge von Daniel Spinnler nehme er gerne entgegen. Was die Parkplatzsituation betreffe, so sei der Stadtrat auch dafür, dass man für den Transport intelligente Lösungen suche. Er sei zwar nicht Bewilligungsbehörde und auch nicht Organisator, er könne aber Anliegen entgegennehmen und kommunizieren.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) teilt mit, sie komme zur Bereinigung der Anträge. Zuerst werde über den Antrag 1 des Stadtrats abgestimmt. Dann bringe sie den Änderungsantrag von Stefan Saladin mit dem Antrag 2 des Stadtrats zur Abstimmung. Dann folgten die Abstimmungen über die drei Zusatzanträge. Zum Schluss werde über den Antrag 3 des Stadtrats betreffend Abschreibung des Postulats befunden.

1. Vom Projektstand „9. Stadion“ Liestal/Bubendorf des Vereins Baselland Promotion 2008 wird mit 33 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung Kenntnis genommen.
2. Der Änderungsantrag von Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) „Ich beantrage, den vorgesehenen Betrag im Zwischenbericht des Stadtrates von CHF 150'000.- auf CHF 220'000.- aufzustocken, wie schon im Budget eingestellt. Dieser Gesamtbetrag von CHF 220'000.- wird zweckgebunden aufgeteilt. 1. Der Einwohnerrat bewilligt als Beitrag der Stadt Liestal an das 9. Stadion den Betrag von CHF 110'000.- à fonds perdu. 2. Der Einwohnerrat bewilligt als Beitrag der Stadt für eine noch zu bestimmende Fan-Zone im Raum Liestal

- CHF 110'000.- für ortsansässige IGs und Vereine.“ wird mit 33 Nein- gegen 2 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.
3. Der Antrag 2 des Stadtrats, als Beitrag der Stadt Liestal an das „9. Stadion“ einen Beitrag von CHF 150'000.- à fonds perdu zu bewilligen, wird mit 23 Ja- gegen 11 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen genehmigt.
 4. Der Zusatzantrag von Daniel Spinnler (FDP) „Der Bericht auf Seite 11 sei wie folgt zu ändern: Für interessierte Vereine, das Gewerbe und den Detailhandel sind Möglichkeiten zu schaffen, sich am Anlass in geeigneter Form zu beteiligen.“ wird mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.
 5. Der Zusatzantrag von Daniel Spinnler (FDP) „Die Stadt habe sich zu informieren und sich dafür einzusetzen, dass Liestal während der Euro 08 zu einem Tourismusgebiet erklärt wird.“ wird mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.
 6. Der Zusatzantrag von Jürg Holinger (GL) „Der Stadtrat wird gebeten, sich bei der Projektleitung dafür einzusetzen, dass die Parkplätze auf ein Minimum reduziert werden.“ wird mit 26 Ja- gegen 4 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen genehmigt.
 7. Das Postulat betreffend Euro 2008 von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

242 B.1.3.4. Ortsplanung: Begegnungszone, Tempo30

3. Bericht des Stadtrates betreffend Arealentwicklung Liestal Zentrum Nord – Kreditgenehmigung (Nr. 2007/166)

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht zusammengefasst Folgendes mit:

Das Gebiet Liestal Zentrum Nord mit einer totalen Fläche von ca. 45'000 m² ist zentrumsnah, gut erschlossen und hat ein grosses Entwicklungspotential. Dieses wird bis anhin jedoch kaum oder nur eingeschränkt genutzt. Verschiedene Grundeigentümer sowie die Stadt Liestal haben ein grosses Interesse an einer Entwicklung dieses Areals. Als Impuls für die Stadt Liestal und die Grundeigentümer soll daher auf Stufe Richtplan in einem mehrstufigen Planungsverfahren eine übergreifende, gesamthafte konzeptionelle Planung (behördenverbindlicher Masterplan) mit Schnittstelle zur Altstadt durchgeführt werden. Mit einem Masterplan wird die Grundlage für die gemäss Teilzonenplan Zentrum gesetzlich vorgeschriebenen Quartierplanungen geschaffen.

An den Gesamtkosten der Planung von CHF 360'000.- sollen sich die Grundeigentümer zur Hälfte beteiligen. Zum jetzigen Zeitpunkt liegen diesbezüglich mündliche Zusagen vor. Bis zur Einwohnerratssitzung vom 26. September 2007 werden die schriftlichen Zusagen erwartet.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Für die Planung Liestal Zentrum Nord wird ein Brutto-Gesamtkredit in der Höhe von CHF 360'000.-- genehmigt (Netto-Ausgaben für die Stadt CHF 180'000.--).
2. Der Stadtrat wird mit der Durchführung des Planungsverfahrens für einen Masterplan beauftragt.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) fragt, ob ein Antrag auf Überweisung an die Bau- und Planungskommission gestellt werde. Sie sehe, dass dies nicht der Fall sei. Man gehe deshalb zur Direktberatung über.

Stadtrat Ruedi Riesen erläutert, er sei froh um die Direktberatung. Er denke, es bestehe Handlungsbedarf. Nach der Schliessung der Brauerei Ziegelhof gehe es unter anderem darum, was mit diesen Gebäuden passiere. Die Stadt habe sich mit Vertretern des Kantons getroffen und sich nicht nur über das Gebiet Ziegelhof Gedanken gemacht, sondern auch über das Gebiet Rosenmund und das Konrad-Peter-Areal. Die Stadt habe bereits im Frühjahr Kontakt mit den drei grossen Grundeigentümern aufgenommen. Man habe schliesslich mit allen Grundeigentümern einen Workshop veranstaltet, an dem man gemeinsam an den Zielformulierungen gearbeitet habe. Alle Grundeigentümer seien motiviert, diese Planung in die Hand zu nehmen. Die letzte Einwilligung zur Kostenbeteiligung sei letzte Woche eingetroffen. Der Masterplan bilde die Grundlage für die Quartierpläne. Fünf Teams seien zu Testplanungen eingeladen worden. Anhand der Zielformulierungen bringe jedes Büro seine Ideen ein. In einem Diskussionsprozess entstehe daraus der Masterplan. Bevor der Masterplan gesetzt sei, werde die Öffentlichkeit in einem Mitwirkungsverfahren miteinbezogen, nicht zuletzt auch die Bau- und Planungskommission des Einwohnerrates. Er sei davon überzeugt, dass diese Arealplanung nicht nur einen Impuls für die grossen Grundeigentümer bringe, sondern auch eine Wertschöpfung für das Zentrum. Das grosse Gebiet solle mit der Altstadt verknüpft werden. Er wäre froh, wenn der Planungskredit gesprochen würde, damit man den straffen Zeitplan einhalten könne.

Philipp Senn (SP) sagt, seine Fraktion begrüße grundsätzlich, dass sich der Stadtrat ins Zeug lege, um in diesem grossen Bereich Liestal Nord vorwärts zu machen. Die SP-Fraktion begrüße insbesondere folgende vier Punkte: 1.) Der Perimeter sei sinnvoll gewählt. 2.) Mit diesem Projekt werde der zweite Ring ums Stedtli herum an Attraktivität gewinnen. 3.) Spätere höhere Planungskosten würden vermieden oder vermindert, indem man einen umfassenden Masterplan verabschiede. 4.) Die Zielformulierungen seien umfassend. In diesem Sinne unterstütze die SP-Fraktion beide Anträge des Stadtrats einstimmig.

Elisabeth Spiess (GL) unterstreicht, im Namen der Grünen Fraktion mache sie dem Stadtrat ein Kompliment für sein vorausschauendes Handeln. Auch das partizipative Verfahren mit den Grundeigentümern und Investoren bei der Zielfindung sei bemerkenswert. Das Quartier besitze ökologisch sehr wertvolle Gebiete. Im Richtplan 95 sei die Natur im Siedlungsgebiet als raumplanerische Vorgabe einbezogen. Ihre Fraktion erwarte, dass der Stadtrat diesbezüglich ein wachsames Auge habe. Bei einer so umfassenden Quartierplanung sollten von Anfang an auch die Anstösser informiert und eventuell miteinbezogen werden. Sie seien besorgt, weil sie bis heute keine Informationen über das Vorgehen bei der Arealentwicklung erhalten hätten. Es sei auch wichtig, dass das gesamte Gebiet Wertschöpfung erfahre. Sie hoffe, dass das Gerücht über die Planung eines Parkhauses ein Gerücht bleibe. Ihre Fraktion genehmige in diesem Sinn den Bruttokredit.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) teilt mit, er müsse seine Meinung revidieren. Am Anfang habe er es verpasst, einen Antrag auf Überweisung zu stellen. In der Fraktion habe man eigentlich beschlossen gehabt, dass der Bericht an die BPK gehen solle. Das meiste sei aber nun gesagt. Für ihn sei das so in Ordnung.

Pascal Porchet (FDP) äussert, ihm sei es ähnlich gegangen wie Beat Gränicher. Er schliesse sich sämtlichen Vorrednern an. Eine Frage sei für ihn aber noch offen. Die FDP-Fraktion habe den Bericht eigentlich an die BPK überweisen wollen, um sicherzugehen, dass das Einverständnis aller sechzehn Grundeigentümer schriftlich vorliege. Er würde gerne wissen, ob diese Zustimmung da sei. Wenn einer der Grundeigentümer nicht mitmache, werde alles verhindert. Falls nicht alle Zusagen schriftlich vorhanden wären, mache er beliebt, dass die Vorlage an die Bau- und Planungskommission gehe und man warte, bis alle Unterschriften vorlägen.

Claudia Roche (SP) betont, es gehe um ein grosses Stück Stadtgebiet. Es sei eine Riesenchance, daraus etwas Tolles daraus zu machen. Sie bitte den Stadtrat darzulegen, was er zu tun gedenke, um die modernsten ökologischen Standards anzuwenden und eventuell auch etwas Pilotartiges zu machen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) erinnert daran, dass der Einwohnerrat schon einmal einen Quartierplan zum Konrad-Peter-Areal abgeseget habe. Ihn interessiere, ob dieser in einer Schublade verschwunden sei.

Philipp Senn (SP) meint, der Einwand von Pascal Porchet bezüglich der Grundeigentümer sei berechtigt. Aber er frage sich, ob es richtig sei, das Geschäft an die Bau- und Planungskommission im Sinne einer Warteschlange zu überweisen. Er sei eher der Meinung, dass man die Vorlage zurückweisen oder zurückstellen müsse.

Bernhard Fröhlich (FDP) meint, die Schlaufe über die BPK gebe Zeit, um das Einverständnis aller Grundeigentümer einzuholen. Ausserdem würde das Geschäft auch fachlich beurteilt. An sich sei es eine gute Vorlage. Wenn man sie zurückweise, sei die Wirkung nach aussen je nachdem auch wieder falsch. Er habe eine Frage bezüglich der Kostenbeteiligung von 50 Prozent: Er würde gerne wissen, ob das ein neuer Standard sei, ob dies nur punktuell für diesen Fall gelte oder ob man Präjudizien schaffen wolle.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, er danke für die interessanten Fragen und versuche, sie zu beantworten. Die Anstösser würden erst dann informiert, wenn man wisse, was komme. Die Idee der Testplanung sei aufzuzeigen, was möglich sei. Man brauche einen Entwurf zum Masterplan, damit man in ein Mitwirkungsverfahren gehen könne. In dieses beziehe man dann die Öffentlichkeit, die Anstösser, die BPK und so weiter ein. Erst danach könne der Masterplan behördenverbindlich werden.

Der zweite Punkt sei, dass man nicht das Einverständnis aller 27 Grundeigentümer erwirken könne. Es handle sich um 27 Grundeigentümer, nicht um 16. In diesem Zusammenhang sei die Frage des Kostenteilers relevant. Die Stadt sei der Meinung gewesen, dass sie die Kosten nicht selbst tragen wolle. Sie habe die drei grossen Grundeigentümer angefragt, ob diese in einem partizipativen Verfahren die Planung in die Hand nehmen und ausloten wollten, was für die grossen Gebiete möglich sei. Erst, wenn es um die Quartierpläne gehe, müssten die Eigentümer ihr Einverständnis geben. Der Masterplan sei so etwas wie ein Richtplan. Man lege eine Idee über ein Gebiet, informiere alle Betroffenen, dann folge das Mitwirkungsverfahren und dann die Quartierpläne.

Ohne Parkplätze könne das Gebiet nicht erschlossen werden. Die Aufgabe der Projektentwickler sei auch, im Masterplan zu definieren, ob es ein Parkhaus oder sogar mehrere Parkhäuser gebe, auch zugunsten der Altstadt und des Detailhandels. Die Ökologie sei ein wichtiges Kriterium, auch für die Grundeigentümer. Es sei sogar die Idee vorhanden, den Bach mäandrieren zu lassen. Wichtig scheine ihm, dass die BPK substantiell in die Planung eingebunden werde, wenn der Masterplan stehe. Eine Quartierplan-Skizze der Kantonalbank habe es tatsächlich gegeben, sie sei aber schubladisiert worden. Der Zentrumsanschluss der H2 sei ein kritischer Punkt für die Planung. Deshalb müsse man neu denken. Dies wolle die Kantonalbank jetzt mit dem Masterplan tun.

Hans Brodbeck (FDP) gibt zu bedenken, dass nach wie vor das Eigentum gelte. Es sei nicht festgeschrieben, dass alle Eigentümer bei dieser Planung mitmachten. Mit dem Masterplan werde man sehen, was man aus diesem grossen Areal machen könne. Wenn aber einzelne nicht mitmachten, sei das ihr Recht, es sei denn, es bestehe ein öffentliches Interesse. Dann gebe es die Möglichkeit einer Enteignung. Er wolle einen weiteren Hinweis anbringen: Alle redeten von Renaturierung. Man stelle sich nun einen mäandrierenden Bachverlauf von der Allee bis zur Ergolz vor. Es gebe aber auch eine andere Vorstellung, nämlich, dass der heutige kanalisierte Bach auch ein historisches Zeugnis darstelle.

Stadtrat Ruedi Riesen erwidert, es sei klar, dass der Masterplan nicht rechtsverbindlich sei. Er sei nur eine Idee, die ein schnelleres Quartierplanverfahren erlauben könne. Was den Bach betreffe, so sei oberstes Gebot des Kantons der Hochwasserschutz. Es gehe nicht um Renaturierung.

Bernhard Fröhlich (FDP) bestätigt, dass die Grundeigentümer nicht mit dem Masterplan einverstanden sein müssten. Projekte gingen aber nicht bachab, weil technisch etwas nicht lösbar sei, sondern aufgrund nicht funktionierender Kommunikation am Anfang. Auch Kleinstparzellenbesitzer müssten von Beginn an darüber informiert werden, was man vorhabe. Er bitte den Stadtrat sehr darum, den Weg so zu beschreiten.

Vreni Wunderlin (FDP) erkundigt sich, in welchen Zonen die Gebiete lägen, ob die neue Ortsplanung einbezogen werde und ob der Denkmalschutz etwas zu sagen habe.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, der Denkmalschutz habe etwas dazu beizutragen. Vor allem das Ziegelhof-Areal sei sehr heikel. Es gebe auch schützenswerte Bauten an der Gerbergasse. Die ganze Zone stehe unter Quartierplanpflicht.

Pascal Porchet (FDP) äussert, man gerate in eine Diskussion, die eigentlich in die BPK gehöre. Er stelle den Antrag, dass die Vorlage an die BPK überwiesen werde.

Stadtrat Ruedi Riesen stellt fest, er habe sich anscheinend nicht richtig erklärt. Er frage sich, wie die BPK jetzt zu einem Gebiet, in dem noch nichts geplant sei, vor einer Testplanung und vor einem Masterplanentwurf, Stellung nehmen wolle. Er könne sich nicht vorstellen, was der Inhalt der BPK-Sitzung sein werde. Man habe schon sehr viel Inhalt hier ausgebreitet. Er sei schon etwas frustriert.

Pascal Porchet (FDP) meint, vielleicht werde die BPK Punkte erweitern oder reduzieren. Es gehe ihm auch um die Grundeigentümer. In der BPK könne man darüber reden, wie man auf sie zugehe. Er wünsche keine Verhinderung, sondern eine Klärung der Sache. Er sei aber dagegen, dass man hier eine BPK-Diskussion führe.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) hält fest, sie bedaure es, dass dieser Antrag so spät eintreffe.

://: Mit 19 Nein- gegen 15 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Geschäft nicht an die BPK überwiesen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) teilt mit, er habe ebenfalls einen Antrag auf Überweisung stellen wollen. Jetzt stelle er einen Ordnungsantrag, dass man die Rednerliste schliesse.

Bernhard Fröhlich (FDP) bemerkt, man solle doch einfach die Leute reden lassen, die sich bereits gemeldet hätten.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, er ziehe seinen Ordnungsantrag zurück.

Peter Schmied (SP) gibt zu bedenken, dass Projekte meistens an der Kommunikation scheiterten. Ihn interessiere, ob die fünf Beauftragten im Besitz der Adressen der Grundbesitzer seien und ob sie zusammen mit den Grundbesitzern den Masterplan erarbeiteten. Das halte er für primär. Es sei zu vermeiden, dass die Grundbesitzer am Schluss mit einem Projekt konfrontiert würden.

Nils Henn (FDP) fragt, ob die schriftlichen Zusagen der Grundeigentümer bezüglich der Kosten vorlägen, wie es in der Vorlage in Aussicht gestellt sei.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, diese Zusagen seien da.

://: Mit 34 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen wird für die Planung Liestal Zentrum Nord ein Brutto-Gesamtkredit in der Höhe von CHF 360'000.- genehmigt.

://: Mit 34 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Stadtrat mit der Durchführung des Planungsverfahrens für einen Masterplan beauftragt.

243 S.2.3. Öffentliche Plätze und Anlagen

**4. Bericht des Stadtrates betreffend Wasserturmplatz, Neugestaltung
- Genehmigung Projektierungskredit (Nr. 2007/168)**

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht zusammenfassend Folgendes mit:

Gemäss Konzept der baulichen Stadtentwicklung soll mit der Umsetzung des Verkehrskonzepts der heute wenig attraktive Wasserturmplatz neu gestaltet werden. Vier Planungsteams haben im Frühling 2007 Studien erarbeitet, die von einer Jury bewertet wurden. Jury und Stadtrat schlagen das Projekt RETOUCHÉ zur Weiterbearbeitung vor. Das Siegerprojekt RETOUCHÉ dient als Grundlage für die Projektierung und Umsetzung der weiterführenden Arbeiten.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat genehmigt den Projektierungskredit von CHF 150'000.- für die Erarbeitung des Bauprojekts *Neugestaltung Wasserturmplatz mit Stadtobjekt*.

Stadtrat Ruedi Riesen betont, wiederum finde er es gut, dass man das Geschäft direkt berate. Man habe ein tolles Wettbewerbsresultat eines Liestaler Architekten entgegengenommen. Es sei die Chance, den Verkehr endlich umzuleiten und zu beruhigen. Das Projekt habe einen Zusammenhang mit der Poststrasse und mit dem Kantinenweg. Es entstehe auch eine attraktive Zone. Jetzt gehe es ums Ausführungsprojekt. Seit über 20 Jahren sei über den Wasserturmplatz sinniert worden. Dem wolle man nun ein Ende setzen. Die Stadt habe alle Anstösser dieses Platzes eingeladen. Erste Anliegen vor allem von Geschäftsinhabern seien aufgenommen worden. Das Projekt sehe sechs Parkplätze weniger vor; dafür wolle man einen Ausgleich schaffen. Wenn der Projektplan entworfen sei, solle die BPK einbezogen werden. Das Projekt könne im Jahr 2009 gebaut werden. Der Vorlauf im 2008 sei wegen eventueller Einspracheverhandlungen nötig. Im Jahr 2008 solle auch die neue Poststrasse gebaut werden. Er wäre froh, wenn der Planungskredit gesprochen werden könne.

Regina Vogt (FDP) legt dar, es gehe bei diesem Geschäft um die Umsetzung des Verkehrskonzepts, das hier beschlossen worden sei. In der Fraktion habe man diskutiert, ob das Geschäft direkt zu beraten sei. Zuerst sei man der Meinung gewesen, es solle an die BPK gehen. Das sei aber nicht mehr der Fall. Die FDP-Fraktion finde, das Geschäft habe prioritären Charakter. Sie stimme dem Antrag zu.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) hält fest, für die Korrektur der Poststrasse habe man mit der Vorlage Nr. 2005/64 einen Projektkredit genehmigt. Es sei richtig, dass jetzt die Weiterführung über den Wasserturmplatz zur Kasernenstrasse geplant werde. Über die Gestaltung des Platzes gingen die Meinungen weit auseinander. Manche meinten, Bäume wirkten belebend, andere meinten, sie verhinderten die Nutzung des Platzes als Festplatz. Einig sei man sich aber darin, dass keine Parkplätze verschwinden dürften. Die Bevölkerung wünsche sich eine zweckmässige, keine vergoldete Lösung. Generell scheine seiner Fraktion der Projektierungskredit reichlich hoch. Er frage sich, wie hoch die Offerte sei. Es gebe auch andere Unklarheiten in dieser Vorlage. Der Projektierungsbetrag sei im Entwicklungsplan nicht klar ersichtlich. Die Termine stimmten mit dem Entwicklungsplan nicht überein. Zu fragen sei auch, warum die Poststrasse auf einmal vom Wasserturmplatz abhängig sein solle. Während der Umgestaltung werde es zu Verkehrsbehinderungen kommen. Deshalb wünsche seine Fraktion möglichst bald eine benützbare Verbindung zwischen der Burgstrasse und dem Kantinenweg. Damit kein Parkplatz verloren gehe, stelle die SVP/CVP/EVP-Fraktion einen

Zusatzantrag. Er laute: „Die Anzahl der heute vorhandenen Parkplätze muss erhalten bleiben.“

Jürg Holinger (GL) teilt mit, auch die Grüne Fraktion unterstütze die Direktberatung und den Kredit an sich. Sie sehe im Wasserturmplatz einen weiteren Mosaikstein in der Aussengestaltung der Altstadt und eine Fortsetzung der Verkehrsplanung. Sie begrüsse die jetzt vorgesehene leichte Reduzierung der Parkplätze. Er denke, dass es schwierig sei, nach einem Wettbewerb die Rahmenbedingungen wieder zu ändern. Die Grüne Fraktion begrüsse auch, dass es in Liestal möglich sei, Parkplätze mit Bäumen zu gestalten. Sie wünsche, dass bei der Auswahl der Baumart nicht nur ästhetische Gesichtspunkte berücksichtigt würden, sondern auch ökologische.

Philipp Senn (SP) fügt hinzu, die SP-Fraktion schliesse sich der positiven Haltung der Vorredner an. Mit dem Projekt werde ein Teil des Verkehrskonzepts und des geplanten zweiten Rings um die Altstadt umgesetzt. Zu begrüssen sei auch die vereinfachte Führung des öffentlichen Verkehrs mit zwei Busstationen auf diesem Platz. So erfahre das Verkehrskonzept auch im Bereich ÖV eine positive Entwicklung. Seine Fraktion unterstütze den Antrag des Stadtrats einstimmig.

Hans Brodbeck (FDP) sagt, man habe vorher über die Bedeutung von Information gesprochen. Er hätte es sehr geschätzt, wenn der Stadtrat im Zusammenhang mit der Diskussion um die Neugestaltung des Wasserturmplatzes auch den Mut gehabt hätte, ein Bild des Platzes zu zeigen, auf dem sich zwei Gelenkbusse kreuzen würden. Auf den veröffentlichten Bildern sehe man eine fast kinderspielplatzartige Anordnung; man sehe Bänke, Sonnenschirme und Bäume. Wenn man mit diesem Material dem Bürger erklären wolle, dass dort Busse in Gegenrichtung fahren würden, erhalten man Reaktionen, die von Unglaube bis Bestürzung reichen würden. Zur Information hätten andere Bilder gehört.

Stadtrat Ruedi Riesen räumt ein, Peter Furrer habe Recht, der Wasserturmplatz sei nicht von der Poststrasse abhängig. Dies sei in der Vorlage nicht richtig dargestellt. Zum Thema Gelenkbusse sei zu sagen, dass die Wettbewerbsteilnehmer die korrekten Unterlagen zugestellt bekommen hätten. In den Projektteams seien nicht nur Architekten, sondern auch Verkehrsplaner dabei gewesen. Die Fahrbahnbereiche seien klar ausgemessen. Bei der Barriere gebe es ein Problem, das lasse sich aber mit einer Lichtsignal-Anlage lösen.

Hans Brodbeck (FDP) entgegnet, er bestreite nicht, dass die Busse Platz hätten. Er kritisiere die Information. Die Bevölkerung habe noch nicht begriffen, dass die Busse in zwei Richtungen über diesen schönen Platz fahren würden.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) führt aus, es sei ihm ein grosses Anliegen, dass der Wasserturmplatz endlich gestaltet werden könne. Er sei seit Jahrzehnten ein Schandfleck von Liestal. Gewisse Sachen könnten bei diesem Bauprojekt sicher noch angepasst werden. Für ihn sei es nicht sakrosankt, dass dort 15 Bäume stehen und sechs Parkplätze verschwinden würden. Wenn man den Platz mit Bäumen zupflastere, könne man dort kein richtiges Fest veranstalten.

://: Der Projektierungskredit von CHF 150'000.- für die Erarbeitung des Bauprojekts *Neugestaltung Wasserturmplatz mit Stadtojekt* wird einstimmig genehmigt.

://: Der Zusatzantrag, dass die Anzahl der heute vorhandenen Parkplätze erhalten bleibe, wird mit 19 Nein- gegen 13 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

244 U.1.7.1. Label Energiestadt

5. Bericht des Stadtrates betreffend Einführung und Umsetzung E-Label Energiestadt (Nr. 2007/167)

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht zusammengefasst Folgendes mit:

Der Stadtrat hat in den Legislaturzielen und im Jahresprogramm 2006 den klaren Willen manifestiert, einen wesentlichen Schritt in Sachen Energiepolitik nach vorne zu machen. Das Energielabel „Energiestadt®“ ist das geeignete Mittel für die Umsetzung dieser Ziele. Im Kanton Basel-Landschaft sind diverse Gemeinden schon seit längerer Zeit Energiestädte mit entsprechendem Erfolg.

Angelehnt an Qualitätsmanagementsysteme aus der Wirtschaft, wie z.B. Total Quality Management, ist das Label „Energiestadt®“ ein Prozess, in welchem Schritt für Schritt die Verwaltungsabläufe und Umweltleistungen weiter verbessert werden und die Beteiligung der Bevölkerung verstärkt wird. Mit dem Willen zur Energiestadt erhält die Verwaltung den dauernden Auftrag, sich um die Umsetzung von Energiefragen zu kümmern. Es müssen nicht immer wieder Grundsatzdiskussionen geführt werden, da der Energiespargedanke sowohl in der Politik als auch in der Verwaltung verankert ist.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat nimmt von der Erarbeitung des E-Labels „Energiestadt®“ für die Stadt Liestal Kenntnis.
2. Das Postulat Nr. 2007/133 (Strategie zur Reduktion klimaerwärmender Faktoren) wird abgeschrieben.

Nils Henn (FDP) legt dar, die FDP-Fraktion stelle sich mehrheitlich hinter dieses Vorhaben. Sie nehme es positiv zustimmend zur Kenntnis. Bei der letzten Budgetdebatte habe sich die FDP-Fraktion gegen die Aufstockung von 20 Prozent gewehrt. Sie sei aber nicht gegen das Energiestadt-Label gewesen, sondern sei der Meinung gewesen, dass es dafür keine Aufstockung in der Stadtverwaltung brauche. Diese Arbeit müsse integriert gemacht werden. Die Ziele punkto Energiesparen würden sowieso nicht liegen bleiben. Die Stadt habe nun eine 20-Prozent-Stelle gefunden, befristet für zwei Jahre. Der Aufwand werde so dem Ertrag gerecht. Seine Fraktion finde es auch gut, dass die Vereinsmitgliedschaft eine externe Kontrolle gewähre.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) äussert, die Mehrheit seiner Fraktion nehme zustimmend Kenntnis vom Bericht. Eine namhafte Minderheit befürchte allerdings weitere Ausgaben, die damit verbunden seien.

Corinne Ruesch (GL) meint, die Umsetzung des Energiestadt-Labels sei die logische Konsequenz aus den Legislaturzielen und dem Postulat zur Reduktion der klimaerwärmenden Faktoren. Die Grüne Fraktion begüsse den Entscheid sehr. Der Stadtrat zeige den klaren Willen, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen. Er habe es geschafft, die notwendigen Ressourcen zu ermöglichen, obwohl dieses Anliegen in der letzten Budget-Debatte abgeblitzt sei. In der Debatte um das Postulat sei deutlich geworden, dass es für die Gemeinden wichtig sei, konkrete Massnahmen und nicht grosse Strategiepapiere zu schaffen. Dazu sei das Energiestadt-Label die richtige Unterstützung. Klare Abmachungen würden zu klaren Umsetzungen führen, und klare, koordinierte Zielsetzungen würden mehr bringen als vereinzelte Ideen. Auch für alle Einwohner und für die Privatwirtschaft sei es nun ein klar, dass es in Liestal eine Rolle spiele, wie man mit Energiefragen umgehe. Die Energiestrategie sei

nach oben offen, das heisse, man könne weitere Massnahmen in Angriff nehmen. Auch der Ansporn durch die anderen Energiestädte sei sicher vorhanden. Liestal sei auf dem richtigen Weg. Die Grüne Fraktion folge deshalb auch den Anträgen des Stadtrats und schreibe das Postulat ab.

Ernst Burkhardt (SP) führt aus, die Energie-Stadt sei ein umfassendes Programm zum Energiesparen. In sehr vielen Bereichen der Verwaltung werde nun immer der Faktor Energie in Betracht gezogen werden. Man habe vorher vom Masterplan gesprochen. Im Rahmen der Energiestadt werde sicher diskutiert, wie man dieses Gebiet mit Wärme versorge. Die Energie-Stadt umfasse auch das Thema Mobilität. Tempo 30 sei auch eine Sache des Energiesparens. Das Thema Kommunikation sei ebenfalls sehr wichtig. Hier sei man noch etwas unterentwickelt. Das Energie-Label sei noch nicht vergeben. Die Massnahmen seien aber programmiert. Nächstes Jahr solle es vergeben werden. Dann gebe es alle vier Jahre ein Reaudit. Man prüfe dann, wie sich die Sache weiterentwickelt habe. Es sei ein laufendes Programm, und man habe eine gute Kontrolle darüber. Er freue sich darüber, dass dieses Legislaturziel gegen Ende der Legislaturperiode erfüllt sei. Er bitte darum, die Vorlage zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Orla Oeri-Devereux (SP) sagt, bei der Überweisung ihres Postulats im Mai seien viele Bedenken darüber geäussert worden, dass man im Rat versuche, nationale und sogar globale Politik zu machen. Sie hoffe, dass diese Bedenken mit dieser Vorlage nun beseitigt würden. Auf Gemeindeebene sei Vieles möglich. Klima- und Energie-Politik seien sehr miteinander verbunden. Das E-Label Energie-Stadt sei etwas sehr Umfassendes. Das Massnahmenprogramm entspreche vielem, was ihre Fraktion der im Postulat gewünschten Strategie erwartet hätte. Die SP-Fraktion sei damit einverstanden, dass es nicht nötig sei, eine zusätzliche Vorlage zu einer Strategie vorzulegen. Sie wolle das Postulat aber noch nicht abschreiben. Sie habe das Gefühl, erst, wenn man das Energielabel habe, sei die Strategie in der Gemeinde verankert und das Postulat erfüllt. Sie bitte den Rat darum, das Postulat heute noch nicht abzuschreiben.

Stadtrat Ruedi Riesen gibt zu, der Antrag für die 20-Prozent-Stelle sei an der letzten Budgetdebatte tatsächlich zur Unzeit gekommen. Er sei damals stark durch die reaktivierte Energiekommission motiviert gewesen. Es sei auch nötig gewesen, das Thema Energiestadt zuerst in der Verwaltung aufzubereiten. Das Stadtbauamt nehme sich in Pflicht und habe sich bereits bei drei Sachen angemeldet: bei der Solardach-Aktion, für die kantonale Gebäudeanalyse, bei der man sämtliche Gemeindebauten auf ihre Energieeffizienz hin prüfe, und bei der öffentlichen Baselbieter Energieberatung. Wichtig sei auch, dass künftig in allen Quartierplänen der Frage der Energie eine noch grössere Bedeutung zugeschrieben werde. Das Personal des Stadtbauamts sei topmotiviert. Frau Verena Geiser übernehme die 20-Prozent-Stelle für die nächsten zwei Jahre. Sie habe sich bereits privat, ohne Unterstützung der Stadt, fortgebildet. Für den Stadtrat sei die Energie-Stadt Liestal eine pragmatische Strategie. Sie wolle Projekte realisieren, um dem Legislaturziel eines nachhaltigen politischen Handelns wieder einen Schritt näher zu kommen. Man müsse auch die Kosten im richtigen Verhältnis sehen. Dem eingesetzten Betrag stehe zum Beispiel eine Gewinnbeteiligung in den Erdgaskonzessionsverträgen für Liestal von CHF 146'000.- entgegen.

://: Von der Erarbeitung des E-Labels „Energiestadt“[®] für die Stadt Liestal wird mit 30 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen Kenntnis genommen.

://: Das Postulat Nr. 2007/133 „Strategie zur Reduktion klimaerwärmender Faktoren“ wird mit 19 Ja- gegen 16 Nein-Stimmen abgeschrieben.

245 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

6. Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend Trägerschaft Kinderkrippenplätze (Nr. 2006/121, 2006/121a)

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht zusammengefasst Folgendes mit:

Im Spätsommer 2003 überprüfte der Stadtrat den Ausbau des Tagesheims Sunnewirbel. Anlass war ein entsprechender Vorschlag des Vereinsvorstands Sunnewirbel, der die günstigen Umstände nutzen wollte: Das Kantonsspital Liestal stellte eine Liegenschaft an der Mühlemattstrasse für diesen Zweck zur Verfügung, und mit dem Impulsprogramm des Kantons hätte eine Anschubfinanzierung für zusätzliche Tagesbetreuungsplätze genutzt werden können. Damals brachte der Stadtrat zum Ausdruck, dass er einem solchen Ausbau positiv gegenüberstehe, allerdings nur unter der Bedingung, dass sich der Kanton Baselland als grösster Arbeitgeber auf dem Platz Liestal namhaft an den nicht gedeckten Betriebskosten beteiligen würde. Der Kanton wollte zum damaligen Zeitpunkt ausser einer Anschubfinanzierung (gemäss Impulsprogramm) weder jährlich wiederkehrende Kosten von ca. CHF 100'000.- noch organisatorische Verantwortung für das Projekt übernehmen. Gleichzeitig hatte das Kantonsspital sein Angebot zurückgezogen, weshalb das Vorhaben scheiterte.

Eine erneute Prüfung betreffend Schaffung zusätzlicher Kinderkrippenplätze und Möglichkeiten einer gemischten Trägerschaft von Kanton, Stadt Liestal, eventuell regionalen Gemeinden und ansässigen Firmen scheint grundsätzlich sinnvoll. Das Departement Soziales/Gesundheit/Kultur wird in Zusammenarbeit mit dem Stadtrat in einem nächsten Schritt zu einer Besprechung mit entsprechenden Vertretungen einladen, um diese Frage zu prüfen. Anschliessend wird das Postulat beantwortet.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat nimmt vom Zwischenbericht Kenntnis.
2. Das Postulat ist bis Dezember 2007 zu beantworten.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt, der Zwischenbericht enthalte mehrheitlich Geschichte darüber, was schon geschehen sei, sowie die Absicht, was noch erledigt werden solle. Seit der Fertigstellung des Zwischenberichts sei man zu weiteren Erkenntnissen gekommen. Die Kontaktaufnahme mit den umliegenden Gemeinden laufe. Sie sei auch in Kontakt mit der Handelskammer und der Wirtschaftskammer, die vor allem für KMU so genannte Gutscheinsysteme anbieten würden. Der Neuzuzügerempfang sei ebenfalls als Möglichkeit genutzt worden, das Gespräch aufzunehmen. Es seien Rückmeldungen gekommen. Die Tendenz bei den familienergänzenden Betreuungsangeboten gehe mehrheitlich zu Angeboten für kleine Kinder, wohl nicht zuletzt deshalb, weil Liestal umfassende Blockzeiten und den Mittagstisch habe. Die Tagesschule sei in Vorbereitung. Die Nutzung eines solchen Angebots sei auch eine Kostenfrage. In den umliegenden Gemeinden gebe es andere Angebote zu anderen Konditionen, die auch von der Liestaler Bevölkerung genutzt würden. Morgen finde eine Sitzung mit dem Tagesmütterverein Oberes Baselbiet statt. Dort werde man auch Neuigkeiten hören. Das Tagesheim Sunnewirbel werde jährlich mit CHF 200'000.- unterstützt, der Tagesmütterverein mit CHF 80'000.- jährlich. Das „Bingolino“ funktioniere ohne Subventionen der Stadt Liestal.

Erika Eichenberger (GL) sagt, sie danke für den Zwischenbericht. Es sei tatsächlich eine Rückschau mit wenig konkreten Ergebnissen. Stadtpräsidentin Regula Gysin habe sie jetzt noch ausgeführt. Dies belege die Absicht der Stadt, in dieser Sache weiterzugehen. Schon

lange wäre angezeigt, dass der Kanton mit gutem Beispiel vorangehen und Krippenplätze für seine Angestellten schaffen würde. Dass es noch immer keine Mittagstische für die Sekundarstufe gebe, zeige, wie ernst der Kanton seine Vorreiterrolle auf dem Gebiet der familienergänzenden Angebote nehme. Man wolle vor allem Krippenplätze für in Liestal wohnhafte Familien. Dass von Seiten der Eltern der Bedarf vorhanden sei, zeigten die wachsenden Wartelisten. Im „Bingolino“ müsse man über ein Jahr warten, bis man einen Platz erhalte. Man brauche die Krippenplätze für Kleinkinder. Nachher sei das Angebot da. Sie kenne eine Familie, die nach Aarau ziehe, weil sie dort ihre Kinder betreuen lassen könne. So etwas sei ärgerlich. Vielleicht müsse die Stadt Liestal in die Rolle der Vorreiterin schlüpfen und den Stein schnell ins Rollen bringen. Das Postulat sei im Januar 2007 einstimmig an den Stadtrat überwiesen worden. Das zeige, dass die Rückendeckung im Einwohnerrat vorhanden sei. Ihre Fraktion freue sich auf die Beantwortung des Postulats im Dezember mit hoffentlich zukunftsweisenden Lösungsansätzen.

Vreni Wunderlin (FDP) teilt mit, mit ihren Recherchen sei sie zu anderen Ergebnissen gekommen als Erika Eichenberger. Die FDP-Fraktion nehme Kenntnis vom Zwischenbericht. Er sage nicht viel Neues aus. Die Angebote in Liestal seien im Gemeindevergleich teurer. Sie denke, der Kanton solle Unterstützung bieten. Die Kinder in den Kinderkrippen kämen auch aus der Agglomeration von Liestal. Nach ihrer Recherche könne der Bedarf zurzeit gut abgedeckt werden. Es stünden einige Angebote in Liestal und der Region zur Verfügung. Das Kinderheim Auf Berg in Seltisberg führe zurzeit eine umfassende Bedarfsabklärung durch, um eventuell auch eine Kindertagesstätte anzubieten. Die Warteliste im „Sunnewirbel“ sei nicht mehr enorm. Im Dezember gehe zusätzlich eine neue Kindertagesstätte mit zwölf Plätzen am Floraweg in Liestal auf. Für sie stehe nicht die Schaffung neuer Kinderkrippenplätze im Vordergrund, sondern die Frage, ob der Kanton gewillt sei, die Angebote kantonsweit finanziell zu unterstützen. Es sei wichtig, mit dem Kanton zu verhandeln.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, seine Fraktion nehme vom Zwischenbericht Kenntnis. Sie hoffe, dass gute Lösungen gefunden würden. Sie erwarte, dass Liestal in dieser Angelegenheit nicht wieder eine Zentrumsaufgabe übernehmen müsse, die sie in weitere Kosten stürze. Die SVP/CVP/EVP-Fraktion sei gespannt auf den Bericht.

Walter Leimgruber (SP) äussert, die SP-Fraktion habe den Bericht nicht ausführlich diskutiert, da er vor allem zeige, was nicht passiert sei. Sei Fraktion halte es aber für richtig, dass Liestal keine Zentrumsfunktionen übernommen habe. Seine Fraktion habe auch nicht viele Recherchen gemacht. Sie erwarte umfassende Auskünfte im Dezember. Selbst habe er erlebt, dass ein Kind den „Sunnewirbel“ habe verlassen müssen, weil es altersmässig nicht mehr in die Gruppe gepasst habe. Die Mutter sei daraufhin sozialhilfeabhängig geworden. Es gebe also auch ein Segment von Eltern, die in Schwierigkeiten kämen, wenn Kinder aus verschiedenen Gründen dort nicht mehr in die Gruppe passen würden. Da müsse man auch bessere Lösungen finden.

://: Der Zwischenbericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

://: Einstimmig wird bewilligt, dass das Postulat bis Dezember 2007 zu beantworten sei.

Schlussbemerkungen

Regina Vogt (FDP) äussert, sie danke für die umfassende Beantwortung ihrer Kleinen Anfrage zum Thema „Schulfrei am Banntag“.

Schluss der Sitzung: 20.20 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Margrit Siegrist

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon